

REGION

Stimmrechtsalter 16 kommt voraussichtlich vors Volk

Aktualisiert um 16:22 Uhr

Das Stimmvolk des Kantons Bern wird voraussichtlich über das Stimmrechtsalter 16 entscheiden. Der bernische Grosse Rat hat am Montag die dafür nötige Änderung in der Kantonsverfassung in erster Lesung knapp mit 75 zu 74 Stimmen gutgeheissen.



Volle Tribüne: Der Grosse Rat debattiert über das Stimmrechtsalter 16. (Bild: Urs Baumann)

Laut der Vorlage dürfen künftig Jugendliche ab dem 16. Altersjahr auf Gemeinde- und Kantonsebene an Abstimmungen und an Wahlen teilnehmen. Für das passive Wahlrecht, also das Recht, sich wählen zu lassen, gilt weiterhin das Stimmrechtsalter 18.

Die Vorlage geht auf einen Vorstoss von Nadine Masshardt (SP/Langenthal) zurück, den der Grosse Rat 2007 knapp überwies. Die Jungpolitikerin machte am Montag ihre Parlamentskollegen erneut darauf aufmerksam, dass Jugendliche mit 16 bereits wichtige Entscheide fällen und die Verantwortung für ihr Leben

selber tragen und auch Steuern zahlen.

Grosses Interesse

Auch an Politik zeigten viele Jugendliche bereits reges Interesse, sagte Masshardt und schaute dabei zur Zuschauertribüne, die voll in jugendlichem Beschlag war. Bereits vor der Ratsdebatte hatten sich Jugendliche vor dem Rathaus versammelt und für ihr Anliegen geworben.

Der Präsident der vorberatenden Kommission, Samuel Leuenberger (BDP/Trubschachen), ergänzte die Argumentenliste um die Generationensolidarität. Es gebe immer mehr ältere Stimmberechtigte und immer weniger jüngere.

Der Generationenvertrag sei in Gefahr, wenn junge Menschen nicht mitreden könnten, so Leuenberger. Mit 16 Jahren sei die Mehrheit der Jugendlichen zudem reif genug, politische Entscheide zu fällen.

Altersgrenzen nicht aufweichen

Dem widersprachen SVP und FDP vehement und verlangten, gar nicht erst auf die Vorlage einzutreten. Die Altersgrenze 18 dürfe nicht aufgeweicht werden, sagte etwa Andreas Blank (SVP/Aarberg) namens der Kommissionsminderheit. Jugendliche dürften schliesslich auch keine Verträge abschliessen.

Bei politischen Entscheiden dürfe dies nicht anders sein. Ausserdem ist Blank der Meinung, dass die Mehrheit der Jugendlichen das Stimmrecht gar nicht wolle. Dies hätten verschiedene Umfragen gezeigt.

Kein Risiko

Die BDP lehnte das Stimmrechtsalter 16 ebenfalls ab. SP, Grüne und EVP waren dafür. Reto Steiner (EVP/Langenthal) bat den Rat, auf die Vorlage einzutreten. Dies sei nach der Überweisung der Motion Masshardt nur konsequent.

Ruedi Löffel (EVP/Münchenbuchsee) stellte die Frage in den Raum, was denn «Schlimmes» passieren könnte, falls ein paar hundert Jugendliche mehr an die Urne gerufen würden.

Regierungspräsidentin Barbara Egger-Jenzer (SP) gab zu bedenken, dass im Kanton Bern rund 15 000 Stimmberechtigte dazukommen würden. Dies entspreche einem Zuwachs von 2 bis 3 Prozent und werde nicht zu grossen Umwälzungen führen.

Volk soll entscheiden

Elisabeth Bregulla-Schafroth (Grüne/Thun) appellierte an ihre Ratskollegen, doch wenigstens das Volk über diese wichtige Frage entscheiden zu lassen und der Verfassungsänderung zuzustimmen. Der Rat trat schliesslich mit 76 zu 74 Stimmen auf die Vorlage ein und stimmte der Verfassungsänderung mit 75 zu 74 Stimmen zu.

In der Junisession kommt die Vorlage in zweiter Lesung erneut in den Rat. Das Stimmvolk dürfte voraussichtlich Ende 2009 das letzte Wort haben. Dann könnte die neue Regelung bereits auf Anfang 2010 in Kraft treten.

Schweizweit umstritten

Als erster Schweizer Kanton hat Glarus das Stimmrechtsalter 16 eingeführt. In Uri wurde eine entsprechende Initiative eingereicht und in anderen Kantonen sind Vorstösse hängig.

Im Kanton Basel-Stadt wurde das Ansinnen Anfang Februar an der Urne abgeschmettert. Auf eidgenössischer Ebene ist das Anliegen ebenfalls vorerst vom Tisch. (sda)

Erstellt: 30.03.2009, 16:22 Uhr

© Tamedia AG